



In Wachstum investieren – unabhängig von der Staatsquote

von Tilman Brück*

Im Zuge der Wirtschaftskrise steigt die deutsche Staatsquote dramatisch an. Betrug sie 2008 nur 43,9 Prozent, so droht dieser Wert nach der aktuellen Prognose des DIW Berlin auf rund 48 Prozent im laufenden und im nächsten Jahr zu steigen; sie erreicht damit wieder das Niveau von 2002 und 2003. Andere Experten, etwa am IfW und – laut Spiegel – im Finanzministerium, fürchten sogar einen Anstieg auf über 50 Prozent.

Dafür gibt es zwei Gründe. Einerseits gibt die Bundesregierung in der Krise viel Geld für den Arbeitsmarkt aus. Andererseits schrumpft die Wirtschaft dramatisch. Damit steigt auch zwangsläufig der Anteil des Staates am verbleibenden Bruttosozialprodukt.

Aus technischen Gründen sind die Bürgschaften für Banken und Firmen in der Staatsquote gar nicht enthalten. Sie würden erst berücksichtigt, wenn der Staat zahlen müsste. Damit stellen die Rettungsprogramme der Bundesregierung lediglich ein Risiko für eine spätere, weitere Erhöhung der Staatsquote dar.

Dabei stellt sich die Frage: Ist eine hohe Staatsquote zwangsläufig schlecht für das Wachstum? Neben den Positionen, die gern deutlich weniger oder deutlich mehr Staat in der Wirtschaft sehen würden, gibt es noch eine dritte Perspektive.

Danach ist nicht die Menge der staatlichen Aktivitäten in der Wirtschaft entscheidend, sondern ihre Qualität. Die wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion in Deutschland sollte viel mehr die Ausgabenstruktur beachten und relativ höhere Investitionsausgaben einfordern. Deutschland droht bei der Sicherung unseres Wettbewerbsvorteils in Bereichen wie Innovation, Forschung und Entwicklung international zurückzufallen. Egal ob der Staat oder die Wirtschaft es tut, wir sollten mehr investieren – auch in Zeiten mit einer konjunkturell bedingten hohen Staatsquote.

Wir sollten von den Amerikanern, aber auch von Schwellenländern wie China und anderen, lernen, dass es Staatsausgaben gibt, die Wachstum fördern und solche, die dies nicht tun. All zu lange haben wir es in Deutschland und Europa versäumt, unsere Staatsausgaben umzuschichten zu den wachstumsrelevanten Politikfeldern. Dies mag im Einzelfall, wenn Pfründe und Gewohnheiten aufgegeben werden müssen, politisch schmerzhaft sein. Aber es sollte auch für eine Regierung langfristig die erfolgreichere Strategie sein, Wachstum statt Stillstand zu finanzieren.

In Deutschland und in Europa allgemein hat sich die Diskussion zu lange an der ideologischen Frage nach der Größe des Staates festgeklammert. Jetzt bietet die Krise auch eine Chance. Unter dem harten Diktat der dramatisch leeren öffentlichen Kassen muss die Politik nun entscheiden, wofür sie zukünftig noch Gelder bereitstellen möchte – und wo weniger wachstumsrelevante Ausgaben endlich eingestellt werden können. Dies sind schwierige Aufgaben – aber auch eine Gelegenheit, Steuergelder zukünftig gezielter für Wachstum einzusetzen.

* Prof. Dr. Tilman Brück ist Leiter der Abteilung Weltwirtschaft des DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.